

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Deutschland muß geholfen werden!

Mahnruf der Gewerkschafts-Internationale an den Völkerverbund.

Amsterdam, 11. Dezember. (WIB.) Der Internationale Gewerkschaftsbund hat eine Eingabe an den Völkerverbund in Genf gerichtet, darin auf die in Deutschland herrschende furchtbare Not hingewiesen und der Rat aufgefordert wird, schleunigst Maßnahmen zu erwägen, die ergriffen werden müßten, um die Bevölkerung Deutschlands vor dem materiellen Untergang zu bewahren und die deutsche Jugend vor der ihr drohenden Demoralisation zu schützen.

Hoovers Ansichten.

Washington, 11. Dez. (U.) Der Handelssekretär Hoover entwirft von der Lage in Deutschland in einem Briefe an den Vertreter Hamilton Schiff ein düsteres Bild. Hoover bezeichnet die innere Lage des Reiches als wirtschaftlichen Zusammenbruch, der auf drei Ursachen zurückzuführen sei: 1. die Entwertung der deutschen Mark, 2. die Unmöglichkeit, in der sich die Kaufleute befinden, den Lebensmittelbedarf zu decken, und 3. auf die anwachsende Arbeitslosigkeit. Dem Briefe ist ein Bericht des Berliner amerikanischen Geschäftsausschusses beigeschlossen. Hoover führt weiter aus, daß die Landwirte und die Reichen in den großen Städten über Lebensmittelvorräte verfügen und daß die Einwohner der kleineren Städte einen lebhaften Austausch betreiben. Den ganzen Rückschlag der üblen Wirtschaftslage in Deutschland beläme die Arbeiterbevölkerung zu spüren. Nach Ansicht Hoovers benötigt Deutschland zurzeit 50 Millionen Scheffel Brotkorn, 700 000 Tonnen Schweinefleisch, Milchprodukte und Pflanzenbutter.

Inzwischen hat Handelsminister Hoover dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses einen Bericht über die Ernährungslage in Deutschland eingereicht, der dazu bestimmt ist, anzugeben, warum Präsident Coolidge zurechtlassen hat, daß die deutsche Regierung eine Nahrungsmittelanleihe in Amerika aufnimmt. Hoover kommt zu dem Schluß, daß die positive Lösung des Problems in der Schaffung eines ausländischen Handelskredits für Lebensmittel bestehe. Eine solche Operation würde nicht nur eine vermehrte Einfuhr ermöglichen, sondern durch den Verkauf der eingeführten Lebensmittel eine feste Grundware zur Verbesserung der Marktlage ermöglichen, und es werde möglich sein, die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung und für Volksspendungen zu bestreiten. Die endgültige Einführung der neuen Währung würde dann den Wiederaufbau produktiver Industrien ermöglichen.

Coolidge für Priorität der deutschen Anleihe?

London, 11. Dez. (U.) Aus Washington wird der „Morningpost“ mitgeteilt, daß Präsident Coolidge beabsichtigt, von den verbündeten Regierungen für die Anleihe von 20 Millionen Dollar, die Deutschland in Amerika aufzunehmen wünscht, die Priorität vor den Reparationen zu erbitten.

Enttäuschung über Versailles.

Englischer Aufruf an Amerika.

Die „Internationalen Hefte“ — „Nasogna Internazionale“ — „Cepiers Internationalaux“ — Paris-Rom-Wien veröffentlichen einen Aufruf bekannter englischer Parlamentarier und Politiker an das amerikanische Volk zur Mitarbeit an der Lösung des europäischen Chaos. Wir entnehmen diesem Aufruf folgende Ausführungen:

Für die meisten unter uns sind unsere Vorstellungen ein Einverständnis von Verträgen und Entschuldigungen. In den ersten Phasen des gegenwärtigen Konfliktes haben viele nicht erkannt die Gefahren eines derart vollständigen Sieges vorzugreifen, welcher die Sieger in die Lage versetzte, den Besiegten alle möglichen politischen, territorialen, wirtschaftlichen und moralischen Bedingungen aufzuerlegen, welche das Interesse oder die Leidenschaften fördern könnten. Manche sind noch nicht einmal enttäuscht gewesen über das, was sich in Versailles ereignete. Sie glaubten und hofften vielmehr noch, daß die Lehren des Krieges die Kräfte der Vernunft freigesetzt hätten und fähig gewesen wären, die Auswüchse eines Friedens zu beseitigen, der so schnell wie möglich zu einem friedlichen Wiederaufbau Europas führen sollte.

Dieser Glaube und diese Hoffnungen sind verfliegen. Die vier letzten Jahre haben uns gelehrt, was diese Friedensverträge und die auf ihrer Grundlage verordnete Politik der westlichen Großmächte hervorbringt: Hunger, industriellen und finanziellen Ruin, Armut, Hungernot und Revolutionen in ihrer Fülle in einem großen Teile Europas und Ostasiens. Die als gerecht und vernünftig hinstellenden Bedingungen dieser Verträge sind durch die auf ihnen aufbauende

Politik des Hasses, der Habgucht, des Neides und des Mißtrauens in ihrer Durchführung verzerrt worden.

Zu den Zielen des Versailler Vertrages steht der Inhalt dieses Vertrages in offenem Widerspruch. Überall die Forderung von Reparationen, für deren Realisierung alle Hilfsquellen Deutschlands vor dem Bruch nicht ausreichen würden.

Die Arbeitslosigkeit ist der oberste Beweis für die Bedrohung der Zivilisation, die enthalten ist in dem getrennten Bestehen Frankreichs und keine ersichtliche Entschlossenheit. Europa seinen Willen zu blättern, ohne Rücksicht auf die einfachsten Bestimmungen dieses Vertrages, auf welchen es sich immer zur Rechtfertigung seiner Forderungen beruft. Obwohl alle Mittel für die Erhaltung und Wiederherstellung des Vertrages von Versailles verarmt sind, vertritt doch jetzt alle Mächte, die nicht unter dem Einfluß der französischen Macht stehen, die Ansicht, daß er unüberwindlich ist und unterstützen entweder seine formelle und völlige Wahrung oder zum mindesten eine weniger radikale und erschwerende Methode in der Durchführung seiner schädlichen Bestimmungen. Frankreich allein hält ihn noch in seiner Gesamtheit für gut und besteht allein noch auf der Erfüllung von Reparationen,

die von europäischen und amerikanischen Wirtschafts- und Finanzfachverständigen als unmöglich bezeichnet worden sind.

Die Unterzeichneten unterstützen die internationalen

Gedanken einer gerechten und internationalen Völkervereinigung

zur Wahrung der gemeinsamen Weltordnung und zur Mitarbeit an der Erfüllung derjenigen Aufgaben, welche die Grenzen einfacher nationaler Anstrengungen übersteigen. Dies ist ein solches dringendes Bedürfnis. Denn nur durch eine energische internationale Zusammenarbeit kann Europa sich noch aus dem Untergang retten.

Wie unannehmbar die deutschen Angebote für Reparationen und Sicherheit auch sein mögen, so haben sie doch einen großen Wert durch das Angebot eines unparteiischen internationalen Schiedsgerichts zur Feststellung der Bedingungen. Wenn Frankreich fortfährt, dieses Angebot zurückzuweisen, dann verstopft es den einzigen Weg für eine noch mögliche Bewirkung sowohl der Reparationen als auch der Sicherheit. Es ist daher das Erfordernis des Augenblicks, Frankreich von seiner Furcht zu befreien und in der internationalen Zusammenarbeit den einzigen Weg zu erkennen, der zur finanziellen und politischen Rettung führt. Frankreich kann durch Gewalt von Deutschland weder Geld noch Sicherheit erlangen, sondern nur durch das Vertrauen auf gemeinsame Arbeit. Zur Herstellung dieses Vertrauens wenden wir uns an Amerika, damit es daran teilnehme durch eine Vorkommstellung, zu der es seine Macht und seine Uninteressiertheit berechtigen. In Europa haben die Leiden und Anstrengungen des Krieges eine

geistige Lethargie

erzeugt, die es unfähig machen, erfolgreich gegen die Verheerungen der Furcht und des Hasses mit moralischen Kräften anzukämpfen. Amerika ist jedoch in der Lage, das große Werk der Wiedergeburt zu vollenden. Nachdem es bei der Erlangung des Sieges den Hauptanteil gehabt hat, steht ihm jedes Recht zu, in entscheidender Weise bei der Sicherung der Früchte des Sieges durch einen gerechten und vernünftigen Frieden mitzureden. Trohdem es an dieser Arbeit vier Jahre verhindert worden ist durch die Leidenschaften seiner Kriegsverbindungen, besitzt es noch die Möglichkeit, Europa auf dem Wege des Verberdens aufzuhalten. Keine europäische Nation hat die moralische Kraft, fundamentale Veränderungen in den politischen Beziehungen zwischen Regierungen und Völkern zu fordern und durchzuführen. Amerika kann durch seine Mitwirkung der Menschheit diesen unermeßlichen Dienst leisten. Sein Gewicht kann es zugunsten eines gerechten und vernünftigen Friedens in die Waagschale werfen. Seine Mitarbeit würde den größten Einfluß bei der Reorganisation der Weltgeschäfte bedeuten, der je einem Lande eingeräumt worden ist, bei der Vervollständigung eines Wertes, das vier Jahre lang unterbrochen worden ist, und für die Vollendung eines Friedens, der noch nicht abgeschlossen ist, für welchen aber Amerika verpflichtet und mitverantwortlich ist. Wir glauben, daß Amerika in dieser Ansehensstellung Bedingungen fordern kann, die in der Zukunft der Weltgeschichte den glänzenden Eindruck einer gerechten, klaren Auffassung über die Erfordernisse einer gefunden Weltpolitik hinterlassen werden.

Unterzeichnet ist der Aufruf u. a. von A. G. Gardiner, R. T. Hobhouse, J. A. Hobson, J. M. Keynes, Ramsay MacDonald, H. B. Ransingh, Gilbert Murray, Frau Snowden.

Amerika und der Haager Schiedsgerichtshof.

Washington, 11. Dez. (U.) Senator Denroot brachte, offensichtlich beeinflusst von der Regierung, im Senat den Antrag auf Beitritt Amerikas zum Haager Schiedsgerichtshof, allerdings unter der Bedingung, daß Schiedsgerichtshof und Völkerverbund in keinerlei Zusammenhängen mehr stünden. Der Antrag legt alle Staaten in zwei Klassen. Der Klasse A gehören an England, Frankreich, Italien, Brasilien, Japan, Deutschland und die Vereinigten Staaten; der Klasse B alle übrigen. Die Staaten der Klasse A hätten die Aufgaben des Völkerverbundes bei der Auswahl der Richter zu erfüllen. Man nimmt an, daß der Antrag angenommen wird.

Stabile Kurse!

Dollar amtlich 4,2 Billionen.

Die Tendenz am heutigen börsenfreien Tag war wiederum äußerst lustlos. Es besteht zwar bei der Spekulation und bei den Banken die Neigung, Material zu billigen Kursen in beschränktem Umfang aufzunehmen, doch stehen dieser an sich ziemlich unbedeutenden Nachfrage weitaus größere Verkaufsaufträge gegenüber. Die Krise dauert weiter an und zahlreiche auf den Markt kommende Material stammt aus Exekutivverläufen. In Anbetracht dieser Verhältnisse ist es klar, daß auch für die nächsten Tage kaum mit einer nennenswerten Hebung der Kurse zu rechnen ist. Im Auslande behält die Markt ihre Stabilität mit verhältnismäßig geringen Schwankungen bei. Trotz des augenblicklich günstigen Standes hegt man in Börsenkreisen für die Zukunft die allerschwersten Besorgnisse. Es erscheint unklar, wie es dem Reiche möglich sein wird, nach Verbrauch des Rentenbankkredites — und dieser ist bereits zum allergrößten Teil nicht mehr vorhanden — die nötigen Mittel zu erhalten, zumal es zweifelhaft ist, ob die neuen Steuern rechtzeitig und in genügender Menge Mittel zur Sanierung der Staatsfinanzen zu bringen imstande sind. Ganz allgemein hofft man in diesen Kreisen und bezeichnet dies als allerschwerste Rettung, daß das Ausland sich entschließen wird, dem Deutschen Reiche zwecks Sanierung der Finanzen einen Kredit zu gewähren. Gerüchteleise verlautet, daß demnächst Verhandlungen besonnen werden, die einen solchen Kredit zum Zwecke haben. Amtlich wurden die Devisen heute wieder unverändert festgesetzt.

Gefährdete Wohlfahrtspflege.

Von Hedwig Wachenheim.

In Deutschlands finanzieller Lage ist die Berringerung der Reichsausgaben so notwendig wie die Vermehrung der Reichseinnahmen. Die Berringerung der Ausgaben wird sich für die Arbeiterschaft am fühlbarsten machen. Da ist die Verschlechterung der Beamtengehälter und der Beamtenabbau, die nicht ohne Auswirkung sind auf die Lage der Arbeiter- und Angestelltenchaft. Da ist der Abbau der Kultur- und Sozialpolitik und der Wohlfahrtspflege, der wiederum dieselben Kreise am fühlbarsten trifft.

Vor dem Krieg sind die Gemeinden die Hauptträger der Wohlfahrtspflege gewesen. Das änderte sich mit der Finanzreform und vor allem der Geldentwertung, mit der nur das Reich als Inhaber der Notenpresse Schritt halten konnte. Als einmal mit dem Grundsatz: „keine Ausgabe ohne Deckung“ gebrochen war, wurde ohne gesunde Sparmassnahmen ein großer, vom Reich angeordneter und finanziert Wohlfahrtsapparat geschaffen. Für jeden neuen Posten, der sich zeigte, wurde ein neuer Fonds bewilligt, dessen Ausschüttung nach immer neuen Richtlinien erfolgte. Schließlich wurden durch das Finanzausgleichsgesetz die Gehälter der Kommunalbeamten, von denen ein großer Bruchteil der Wohlfahrtspflege dient, bis beinahe drei Viertel vom Reich übernommen und in riesigem Umfang Mittel über Länder und Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege für die privaten Anstalten und Einrichtungen zur Verfügung gestellt.

Nun verlangen die Stilllegung der Rentenpresse und der Goldetat plötzlich schnelle Einschränkungen. Wer das einseht, wird trotz ungeheurer Not der Bevölkerung dem zustimmen. Die entscheidende Frage ist, wie der Abbau erfolgen kann, damit der dadurch angerichtete Schaden möglichst gering bleibt. Wenn man hört, daß einzelne Bezirke die erfahrenen, geschul'ten Außenbeamtinnen, weil unverheiratet, entlassen, die auch imstande sind, aus eigener Initiative über ihre dienstlichen Obliegenheiten hinaus sich zum Beispiel der arbeitslosen Jugend anzunehmen, sie zu sammeln und zu befehlen und zu unterhalten, daß dagegen Bureaubeamte, die das alles nicht können, gehalten werden, und wenn man weiß, daß viele gemeindliche Aufgaben sich aus Geldmangel von selbst abbauen, dann wird man zu der Forderung planmäßigen Abbaues, will heißen Vereinfachung und damit Verbilligung der Verwaltung, kommen, damit die Sachausgaben erhalten bleiben können.

Nun wird in manchen bürgerlichen Vereinen Propaganda gemacht für das Aufheben der Sozialversicherung von denselben Leuten, die während des Krieges nicht genug mit der deutschen Sozialversicherung bewiesen wollten, es werde an deutschem Wesen noch einmal die Welt genesen. Dagegen ist zu sagen, daß der Rechtsanspruch auf bestimmte Leistungen, den die Sozialversicherung gibt, als solcher der Arbeiterschaft gewahrt werden muß. Man kann das ganze Prinzip der Leistung auf Grund von Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht aufgeben in einem Augenblicke, da der Staat auf lange hinaus nicht imstande sein wird, sie aus seinen Mitteln zu geben. Die Versicherung erlangt ja auch im Augenblick bleibender Stabilisierung der Währung ihre alte Bedeutung wieder. Sie muß deshalb durchgehalten, aber, wie die Sozialdemokratie immer gefordert hat, zentralisiert werden. Für eine besondere Angestelltenversicherung müssen einheitliche Träger geschaffen werden. Diesen Trägern können dann auch die Rentenangelegenheiten übertragen werden, die heute den Versorgungsämtern obliegen. Auch eine Vereinheitlichung der Spruchbehörden ist denkbar.

In der eigentlichen Wohlfahrtspflege ist das Nebeneinander von Armenpflege, Gebrechlichenfürsorge, Kriegsoberhilfe, Kleinrentner- und Sozialrentnerfürsorge mit ebenso viel Geldquellen und Geldverwendungsmöglichkeiten unerträglich. Das Herausheben bestimmter Schichten aus der Armenpflege war ein solcher Gedanke, der besonders in der heutigen Zeit selbst den Kriegsoberpflegern gegenüber nicht aufrechterhalten werden kann. Und können sie denn auch eine Vorpriestellung beanspruchen denen gegenüber, die Deutschlands Nachkriegszeit in Sachtum oder Armut fallen ließ? Man schaffe einheitliche gemeindliche und provinzielle Wohlfahrtsbehörden, in denen alle genannten Aufgaben zusammengefaßt und von denen Hilfe nach einheitlichen Richtlinien, die für alle Gruppen gleichmäßig vom Geist moderner Wohlfahrtspflege diktiert sind, gewährt wird. Daß dabei für die Armenpflege das Unterhaltungswohnstättengesetz fallen und dem Ausenthaltungsprinzip weichen muß, ist klar. Die freie Wohlfahrtspflege kann dabei ebenso vertreten sein wie die Bedürftigen selbst. Ob die Organisation nun gerade bei den Fürsorge- und Hauptfürsorgestellen für Kriegsoberhilfe und Kriegshinterbliebene oder bei den Armen- oder Wohlfahrtsämtern erfolgt, ist eine sekundäre Frage neben der Zusammenfassung der gesamten Ausgaben bei Gemeinden und provinziellen Selbstverwaltungsorganen. Dort kann denn auch zwischen ihnen und den Versicherungsträgern die Arbeitsgemeinschaft weiterem Vereinheitlichung der Leistung geschlossen werden. Aus welchem Topf die Mittel für die Personal- und Sachausgaben schließlich gegeben werden, ist eine Frage der Steuerreform. Hier liegt bei der Vereinfachung der Wohlfahrtspflege die Aufgabe der Finanzfachverständigen. Für die Ueberonanzzeit, für die die Mittel nach dem Finanzausgleichsgesetz noch gegeben werden, sollten die Mittel nach § 61 für die privaten Anstalten nicht in der heutigen zerstückelten, unkontrollier-

klaren Weise, sondern mit Ausnahme der für die Landes- und reichswichtigen Einrichtungen an die provinziellen und gemeindlichen Träger der Wohlfahrtspflege für die unentbehrlichen Einrichtungen ihres Bezirks.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zum Jugendwohlfahrtsgesetz. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß das Gesetz, wenn der Abschnitt V, öffentliche Unterstützung für hilfsbedürftige Minderjährige, der jetzt nicht durchführbar ist, vorläufig nicht in Kraft gesetzt wird und die Unterstützung auf dem Wege der Wohlfahrtspflege geregelt wird, noch neue, irgendwie vermeintliche Ausgaben schafft. Das Gesetz gibt statt der heutigen grenzenlosen Zersplitterung einheitlichen Aufbau, nach dem schon lange alle Sachverständigen verlangen. Und einheitlicher Aufbau ist Sparsamkeit. Man kann das Gesetz nicht in Kraft setzen wollen, wenn man glaubt, man dürfe sich jetzt um die Not der Jugend überhaupt nicht kümmern. Man kann das Gesetz für ländliche Bezirke vereinfachen, die Zusammenlegung der Träger einfacher gestalten, die Uebertragung der Aufgaben an andere Behörden erleichtern. Aber man kann nicht das Gesetz fallen und damit das heutige un-wirtschaftliche Durcheinander bestehen lassen.

Wer will spalten?

Eine Entschliebung der Berliner Funktionärversammlung

In der gestrigen Berliner Funktionärversammlung wurde auch, wie bereits berichtet, ein Antrag angenommen, der sich für die Einheit der Partei ausspricht. Dem Wunsch des Bezirksvorstandes entsprechend, teilen wir auch den Wortlaut dieser Entschliebung mit:

Die Funktionärversammlung wendet sich entschieden dagegen, daß von gewisser Seite immer von einer drohenden Spaltung der Partei gesprochen wird. Bei den Genossen, die so reden, scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein, weil sie eine parteigenössliche Kritik nicht vertragen können oder wollen.

Die Berliner Funktionäre betonen demgegenüber ihre unerschütterliche Treue zur Partei. Sie werden aber an ihrem Teil alles daran setzen, daß der Mehrheitswille auch in den Spitzen, Vorstand und Fraktion, zum Ausdruck kommt.

So begrüßenswert an sich die Absicht ist, für die Einheit der Partei zu wirken, so wenig ist die Annahme einer solchen Resolution geeignet, wirklich der Einheit zu dienen. Denn aus ihr spricht ein Geist gehässigen Mißtrauens, der mit wahrhaft parteigenösslicher Gesinnung nicht vereinbar ist.

Wir wissen nicht, wer die „gewisse Seite“ ist, die von einer drohenden Parteispaltung spricht, allenfalls könnte es sich um eine private Äußerung dieses oder jenes Genossen handeln, die hier zum Gegenstand einer öffentlichen Entschliebung gemacht wird. Temperamentvolle Äußerungen einzelner werden auch auf der anderen Seite gemacht, wie verschiedene ungläubliche Zwischenrufe beweisen, wie das höhnische Gelächter beweist, mit dem die Wortmeldung einzelner Genossen aufgenommen wurde, wie der Umstand beweist, daß Abgeordnete der Fraktionsmehrheit persönlich beschimpft wurden und ihnen gesagt wurde, bei der nächsten Kandidatenaufstellung werde schon „ausgemittelt“ werden (wie bei den letzten Wahlen zum Bezirksvorstand bereits „ausgemittelt“ worden ist).

Daß derartige Erscheinungen bei Parteigenossen, die für ihre Ueberzeugung ebenso gut eintreten wie die anderen, keine angenehmen Gefühle wecken, sollte auch auf der anderen Seite begriffen werden. Daraus erklären sich dann auch private Äußerungen, die wir, wenn sie gefallen sein sollten, bedauern, und die hier zum Gegenstand einer öffentlichen reichlich unsubstanzreichen Anklage gemacht werden.

Es wird gemündigt, daß der „Mehrheitswille“ im Parteivorstand und in der Fraktion zum Ausdruck komme. Aber, was der Mehrheitswille der Gesamtpartei ist, von der die Berliner Funktionäre nur einen kleinen Ausschnitt darstellen, ist noch nicht festgestellt. Einstweilen beruht die Zusammensetzung der Spitzen auf den Beschlüssen des Einigungsparteitag von Nürnberg. Jedes Mitglied des

Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion ist verpflichtet, nach seiner Ueberzeugung zu stimmen, und hat ein Recht zu verlangen, daß seine Ueberzeugung geachtet werde. Daran wird aber viel gefehlt, besonders in Berliner Funktionärversammlungen.

Zweifellos liegt in solchen Vorkommnissen eine Gefahr für die wiedererrungene Einheit der Partei, die zu schützen unserer aller Aufgabe sein sollte. Diese Gefahr wird aber nicht dadurch hervorgerufen, daß dieser oder jener Genosse von einer drohenden Spaltung der Partei gesprochen haben soll, sondern durch das persönliche gehässige Vorgehen gegen alle diejenigen Genossen, die in ihrer Haltung den Stimmungen der Berliner Funktionärversammlungen nicht so, wie diese es wünschen, Rechnung tragen. Indes ist die Gefahr einer Spaltung nicht so unmittelbar wie die einer Lähmung der Partei, die daher droht, daß man im Streit über taktische Einzelfragen ihre einzelnen Teile immer mehr auseinander und gegeneinander treibt. Daraus könnte dann zum Schluß wirklich eine Spaltung entstehen, weil das Zusammenarbeiten überhaupt unmöglich geworden ist.

Statt Anklagen gegen anonyme Genossen zu erheben, die von Spaltung gesprochen haben sollen, täten die Ankläger gut, gründlich mit sich selber darüber zu Räte zu gehen, ob das von ihnen beliebte Verfahren wirklich der Einheit dient.

Vor der Friedensmiete.

Die Regierung hat sich beeilt, die von uns in der Sonntagsausgabe wiedergegebene Meldung über die Absicht, die Mieten auf die Goldhöhe zu bringen, zu dementieren. Sie erklärt, daß genaue Pläne bisher nicht vorliegen. Davon ist soviel richtig, daß bis zur Stunde über den Entwurf der Verordnung, durch die die Regierung diese überaus weittragenden Maßnahmen verordnen will, völlige Uebereinstimmung noch nicht erzielt worden ist. Das Reichskabinett hat deshalb noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß über die Grundabsicht, die Mieten in kürzester Frist auf Goldhöhe zu bringen, davon etwa die Hälfte dem Hausbesitzer zu geben und die andere Hälfte als Steuern einzuziehen, völlige Uebereinstimmung besteht. Die jetzige Reichsregierung will eben die Sanierung der deutschen Wirtschaft und der Reichsfinanzen herbeiführen, nicht unter starker Belastung des bisher geschonten Besitzes, sondern unter neuer Belastung der durch die Inflation völlig enteigneten Lohn- und Gehaltsempfänger.

Der Hausbesitz rebelliert.

Nichts geht über die Frechheit gewisser Kreise in Deutschland, die sich um keinen Preis daran gewöhnen wollen, daß sie jetzt endlich einmal auch mit dem Zahlen beginnen müssen. Raum sind die Mitteilungen über die Mietsteuerabsichten der Regierung in die Deffentlichkeit gedrungen, da erheben sich schon — die Herren Hausbesitzer. Es scheint so, als ob die Regierung den Proteststurm der Hausbesitzer für wichtig genug hält, um sofort einzulenken. Eine Korrespondenz meldet, daß die Aufwertung des Mietzinses nach den neuen Plänen nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, zum Teil in die Reichsfinanzen fließen, sondern dem Hausbesitz zugunsten kommen soll. (1) Für den Ausfall der Staatseinnahmen soll dagegen eine Bohnsteuer in der Wege geleitet werden. Ueberdies würde der Fiskus den Vermögenszuwachs, der durch die Aufwertung der Hypotheken für den Grundbesitz herausträte, steuerlich erfassen, wie überhaupt auch die Absicht besteht, eine Besteuerung der Hypotheken durchzuführen. Es wird versichert, daß ein neuer Entwurf auf dieser Grundlage bereits fertiggestellt sei und dem Reichskabinett in einer der nächsten Sitzungen zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Die Fassung dieser Mitteilung ist im einzelnen außerordentlich unklar. Es scheint daraus aber hervorzugehen, daß die Regierung genötigt ist, auf die Erfassung von 50 Proz. der Friedensgoldmiete zugunsten der Hausbesitzer zu verzichten und nur eine in ihrem Entzoge selbstverständlich bedeutend geringere Hypotheksteuer einzuführen. Der dadurch entstehende Ausfall soll offenbar durch eine außer der Friedensgoldmiete auch noch zu erhebende Bohnsteuer erhoben werden. Das wäre so ziemlich der Gipfel-

punkt des Stanzbais. Von irgendwelcher Aufbringung von Mitteln für Wohnungsneubau würde dann auch nicht mehr die Rede sein. Wir halten diese Korrespondenzmeldung vorläufig für ja ungeheuerlich, daß wir sie lieber für Versuchsbalkons der Hausbesitzerkreise halten möchten. Sie zeigen aber, mit welcher geradezu grotesken Unverschämtheit die bestehenden Kreise in Deutschland an die Lösung des deutschen Finanzproblems heranzugehen versuchen. Im ersten Projekt war wenigstens der Gedanke der Einführung der Friedensmiete sozialpolitisch dadurch gemildert, daß ein großer Teil des Ertrages für die unbedingte und auf keinen Fall mehr zu umgehenden Neubauten ausgedacht werden sollte. Wenn das auch noch in Fortfall kommt, dann würden sich die Parteien, die für die unverschämte Forderung des organisierten Hausbesitzes einzutreten wagen, jedenfalls vor ihren Wählern nicht mehr sehen lassen können.

Proteste der Mieter.

Außerordentlicher Mietertag in Berlin.

Der Deutsche Mieterbund (Sitz Berlin) hat wegen der drohenden Gefahren einen außerordentlichen Mietertag nach Berlin einberufen und der Reichsregierung eine Denkschrift über die Neuregelung des Wohnungswesens überreicht. Auch aus Kreisen der gewerblichen Mieter ist der Regierung eine eingehende Darlegung der Verhältnisse zugegangen, aus der hervorgeht, daß das Bewerbe auch bei Goldmarkpreisen infolge des starken Rückganges des Umlages eine Goldmiete kurzzeit nicht tragen kann. Der Fünfschneerausfluß des Reichstags, der von der Regierung vor dem Erlaß von Verordnungen auf Grund des neuen Ermächtigungsgesetzes vertraulich zu hören ist, wird sich noch in dieser Woche mit der Frage der Mietzinssteuer beschäftigen.

Gegen den rheinischen Separatismus.

Am Sonntag, den 9. Dezember 1923, tagte in Barmen eine Bezirkskonferenz des Deutschen Verkehrsverbundes. Nach einem Referat des Bundesvorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Schumann, und einer sich anschließenden Aussprache fand die nachstehende Entschliebung einstimmige Annahme:

„Die am 9. Dezember 1923 in Barmen tagende Konferenz von Vertretern des Deutschen Verkehrsverbundes aus den besetzten und den angrenzenden Gebieten wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die im Rhein-Ruhrgebiet vorhandenen Separationsbestrebungen. Sie erblickt in einer Abtrennung des Rhein-Ruhrgebietes die größte Gefahr für den Bestand der deutschen Republik und des einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes. Die Konferenz ist der Meinung, daß nur durch die Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Einheit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Interessensvertretung der deutschen Arbeiterbewegung gegeben sind.“

Die Konferenz erblickt ferner in der Aufrechterhaltung der Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung die stärkste Gewähr gegen die auf Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft gerichteten Bestrebungen des looserierten Unternehmertums und die Voraussetzung für den weiteren kulturellen Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Konferenz erwartet von allen Funktionären des Bundes, daß sie in diesem Sinne wirken und alles daran setzen, um die Einheit und Geschlossenheit innerhalb der Organisation zu erhalten.“

Berichtigung. Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Hoffmann-Schmargendorf schreibt uns: „Auf Grund des Pressegesetzes erlaube ich Sie um folgende Berichtigung: „Die im Abend-„Vorwärts“ vom 10. Dezember unter „Sozial und Parteibildung“ gedruckte Mitteilung, daß mich der Stadtverordnete Genosse Zachert im Auftrag der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft bestimmt habe, gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß ich ohne jeden Einfluß schon am 8. früh 4 Uhr entschlossen war, gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen.“

Bei den Athener Zusammenkünften am letzten Sonnabend wurden acht Personen getötet und 29 verletzt.

Französische Flugzeuge für Sowjetrußland werden jetzt von einer Sowjetmission angekauft. Eines ihrer Mitglieder erklärte einem Ausrufer, jetzt und in Zukunft hätten deutsche Flieger mit der Sowjetregierung nichts mehr zu tun.

„Die ganze Richtung paßt uns nicht!“

Meisterleistungen der Zensur von ehedem.

Süßererbote sind so alt wie das Buch selbst. Auch unserer Gegenwart sind sie nicht fremd. Wie tief sie die literarische Gesamtentwicklung beeinflussten, wie verhängnisvoll sie oft für die Schöpfer dieser Literatur wurden, das hat Professor H. H. Houben, der sich schon früher durch seine Quellenforschungen auf dem Gebiet der Zensur verdient gemacht hat, jetzt an einer Reihe von Einzelfällen dargestellt. Sie sind unter dem Titel „Verbotene Literatur“ zu einem stattlichen Band vereinigt (im Ernst-Romohr-Verlag, Berlin). Freie, unvoreingenommene Geister werden sich schmunzeln in diese Dokumentar-obrigkeitliche Beschränktheit vertiefen.

Unter den vielerlei Zensururteilen, die hier dokumentarisch besetzt sind, ist eines der hübschesten das Verbot des Sudermannschen Schauspielers „Sodoms Ende“, bei dem jenes politische Machtwort gesprochen wurde, das in der Folge gestiftet wurde. Nachdem Sudermann am 27. November 1889 mit seiner „Ehre“ einen beispiellosen Erfolg im Berliner Lessing-Theater errungen hatte, sah man dem zweiten dramatischen Debut des Dichters mit besonderer Spannung entgegen. „Die Ehre“ war anstandslos durch die Berliner Zensur geschlüpft, die nur einen „realistischen Beigeschmack“ empfand. Die Einstudierung von „Sodoms Ende“ wurde unbedenklich in Angriff genommen und die Premiere auf den 27. Oktober 1890 angelegt, nachdem das Textbuch vorchriftsmäßig am 7. Oktober dem Polizeipräsidenten von Nächstofen eingereicht war. Aber drei Tage vor der Ausführung war die erwartete Genehmigung noch nicht da. Nunmehr wendete der Direktor des Lessing-Theaters, Oscar Blumenthal, persönlich zum Polizeipräsidenten, um Gewissheit zu erhalten. Blumenthal hat den Gang dieser Zensurhandlung in seinem Buchlein „Verbotene Stücke“ selbst geschildert. Ueber die Zulässigkeit von „Sodoms Ende“ war man im Polizeipräsidenten geteilter Ansicht. Der erste Vektor Busse hatte sogleich erklärt, das Stück sei „hyperrealistisch“, und diese „naturalistische Richtung“ eigne sich „kaum für eine öffentliche Bühne“. Der Dezerent, Regierungsrat Hoppe, war milderer Sinnes. Er genehmigte die Aufführung mit Ausnahme einiger auch ihm anständig erscheinenden Stellen. Als aber dem Polizeipräsidenten von Nächstofen die Verfügung zur Unterschrift unterbreitet wurde, bekannte sich dieser zu der Ansicht seines Vektors und verweigerte die Genehmigung.

Die entsprechende Order war eben ausgefertigt, als Blumenthal auf dem Kampfplatz erschien und, von dem Dezerenten an den Präsidenten selbst verwickelt, mit diesem eine in jeder Beziehung denkwürdige Unterredung hatte, deren Wortlaut Blumenthal also wiedergibt:

Blumenthal: „Ich höre soeben, Herr Präsident, daß mir drei Tage vor der ersten Aufführung Sudermanns Drama „Sodoms Ende“ verboten werden soll.“

v. Nächstofen: „Das stimmt!“

Blumenthal: „Und daß Sie persönlich das Verbot verfügt haben?“

v. Nächstofen: „Stimmt auch!“

Blumenthal: „Ja, aber bedenken Sie die Situation eines Bühnenleiters, Herr Präsident!ierzehn Tage angestrengter Bühnenproben... ein Spielplan mit Josef Kainig für diese Realität abgeschlossen... der ganze Spielplan der nächsten Wochen darauf ausgeht... selbstverständlich kein Erschiffen vorbereitet... des Haus für die ersten drei Vorstellungen vollständig ausverkauft... und nun diese Kalkulation in der besten Zeit des Theaterjahres...“

v. Nächstofen: „Alles sehr reizvoll! Aber die Behörde kann auf Privatinteressen keine Rücksicht nehmen.“

Blumenthal: „Aber warum das Verbot? Warum?“

v. Nächstofen: „Weil es uns so paßt!“

Blumenthal: „Ich verstehe vollkommen, Herr Präsident...“

Sie wollen mir in das Gedächtnis rufen, daß nach der polizeilichen Verordnung vom 10. Juli 1881 die Behörde nicht verpflichtet ist, für das Verbot eines Stückes Gründe anzugeben...“

v. Nächstofen: „Ja, da wissen Sie ja also Bescheid!“

Blumenthal: „Ich meine aber nur, Herr Präsident, daß doch immerhin die Möglichkeit vorliegt, durch behutsame Änderungen die Bedenken, die zu diesem Verbot geführt haben, aus der Welt zu schaffen. Vielleicht sind es nur einige gewagte Stellen, um die es sich handelt?“

v. Nächstofen: „O nein!“

Blumenthal: „Ob einzelne Szenen?“

v. Nächstofen: „Auch nicht!“

Blumenthal: „Ja, aber was sonst?“

v. Nächstofen: „Die ganze Richtung paßt uns nicht!“

Blumenthal: „Aber die Zensur kann doch nicht daran denken wollen, ganze literarische Geschmacksrichtungen in Licht und Bann zu tun? Und überdies gehört Sudermann durchaus nicht zu den verwegenen Vertretern jener Richtung, von der Sie sprechen. Ich kann mir unmöglich denken, Herr Präsident, daß das Ihr letztes Wort sein soll.“

v. Nächstofen: „Mein letztes Wort! Die Verfügung habe ich vorhin unterschrieben und dabei heißt!“

Blumenthal: „Ich bedauere, aber dabei kann ich mich nicht beruhigen und muß in diesem Fall mir vorbehalten, den Herrn Minister des Innern persönlich um seine Intervention zu ersuchen.“

v. Nächstofen: „Das tun Sie nur!“

Damit war die Unterredung beendet. Blumenthal besaß sich mit der Verfügung zum Minister des Innern, Herrfurth, auf dessen Eingreifen schließlich die Genehmigung der Aufführung erfolgte.

Die Röntgenphotographie der Arterien und Venen. Die Medizin, der die Beobachtung der Arterien im lebendigen Körper mit Hilfe der Röntgenstrahlen so gewaltige Dienste leistet, sucht seit längerer Zeit nach Mitteln, um auch die Blutgefäße im Röntgenbild systematisch darzustellen. Um kontraststarke Gemäße und Organe zu röntgen, hat man entweder die Gefäßlichtstreuung oder die Lichtabschwächung durch Mittel anzuwenden, wie z. B. das Verfahren der Blausäurefärbung bei der Röntgenaufnahme von Nieren und Darm. Aber alle diese Methoden genügen nicht, um die Röntgenphotographie der Venen und Arterien an lebenden Menschen zu ermöglichen. Dazu bedarf

es eines Mittels, das, abgesehen von der Kontrastwirkung, zwei Vorbedingungen erfüllt: reaktionslose Aufnahme am Ort der Einführung und indifferentes Verhalten gegenüber dem Gesamtorganismus. Schließlich ist auch noch nötig, die Kontrastwirkung bis zu einem gewissen Grade auszuschalten. Den Frankfurter Nerzler Dr. A. Berberich und Dr. S. Hirsch ist es nun gelungen, die Arterien und Venen röntgenographisch darzustellen, wie sie in einem Aufzuge der „Klinischen Wochenschrift“ mitteilen. Für die Ausschaltung der Kontrastwirkung wurde die Stauung verwendet. Als Kontrastmittel erwies sich am besten Strontium-Bromat, das die stärksten Schatten im Röntgenbild wirft. Injiziert man 5-10 Kubikzentimeter einer 10-20proz. Strontium-Bromatlösung in die Gefäßbahn und hemmt den Blutrückfluß durch zeitweilige Stauung, so gelangt es bei sofortiger Röntgenaufnahme ohne weiteres, das entsprechende Gefäßgebiet darzustellen, so daß die feine Verzweigung der Arterien und Venen auf der Warte erscheint. „Es ist somit gelungen“, erklären die beiden Verfasser, „in systematischer Weise beliebige Gefäßabschnitte der Extremitäten beim lebenden Menschen röntgenographisch darzustellen. Wir hoffen mit unserer Methode den Weg gebahnt zu haben für die röntgenologische Feststellung von Kreislaufverbindungen, Gefäßspasmen, Capillarkreislauf der Haut, Gefäßversorgung bei Amputationen und Transplantationen an lebenden Menschen...“ Erfüllen sich unsere Hoffnungen für den Kreislauf, so eröffnet sich auch die Aussicht, das Rückenmark und vielleicht die Hirnventrikel im Röntgenbild sichtbar zu machen.“

Voltaires „Candide“ auf der Bühne. Ein ebenso kühnes wie eigenartiges Experiment hat man im Vorifer Odeon-Theater damit gemacht, Voltaires berühmten satirischen Roman „Candide“ in einer Bearbeitung von Baniol und Marches auf die Bühne zu bringen. Diese bittere Verpöschung der „besten aller Welten“, die ja heute wieder recht zeitgemäß ist, war aus der deutschen Sphäre des 18. Jahrhunderts kühn in die Gegenwart übertragen und zu einer Art „Revue“ umgestaltet, wobei die Handlung in einzelne Bilder und kurze Zwischenstücke aufgelöst wurde. Die Inszenierung hatte die Geschichte in den Rahmen eines Puppentheaters gestellt, und die einzelnen Figuren erschienen auf einer „Bühne auf der Bühne“ in der Verkleidung von Marionetten, denen sogar die Drähte nicht fehlten, an denen sie gelenkt wurden. So erlebte man denn die traurigen Schicksale des in seinem Optimismus unverbesserlichen Panosch, der geduldeten Kunigunde und des neuen Candide mit und folgte den grotesken Phantasmoszenen, die mit aktuellen Anspielungen reichlich gewürzt waren. Bemaßlich erklang zum Schluß die resignierte Aufforderung an die auch jetzt wieder durch Krieg und Ungerechtigkeiten gemarterten Menschen, „ihren Garten zu bestellen“.

Das Ende des Schauspieltheaters. Aus dem verbrüdernden Schauspieltheater sind bereits Karlheinz Martin, Alexander Granach und v. Marodon ausgeschieden. Es heißt, daß die letzteren zu Regner übergehen wollen.

Ein wertvoller Befund. Die Sowjetregierung bereitet nach Meldung der „Weltzeitung“ die Herausgabe eines „Welt-Geographischen Atlas“ vor. Der Gedanke zu diesem Unternehmen stammt von Lenin. Das Werk wird in 100 Bänden mit schematischen Darstellungen die geographische, wirtschaftliche und politische Lage der Welt nach den neuesten Daten und Zahlen darstellen und zwar in einer „marxistisch-geographischen Beleuchtung“.

Stinnes und die Eisenbahn.

Herr Stinnes ließ die Meldungen über seine sogenannten Organisationsvorschläge für die Reichseisenbahn promptest demontieren. Sein Verlangen, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, sollte mit ziemlich deutlicher Anspielung auf die finanzielle Abhängigkeit der Eisenbahn hin, daß das Reichsverkehrsministerium alle Verantwortung habe, Herrn Stinnes und die führenden Kreise der Industrie gegen diese Verleumdungen zu verteidigen. Selbstverständlich war und ist dieses Dementi des Herrn Stinnes so allgemein gefaßt, das es gar nichts besagt. Tatsache ist, daß seit der Stilllegung der Rotenpresse der Reichseisenbahn, wie allen reichseigenen Betrieben, jede finanzielle Unterstützung des Reiches radikal abgeschnitten worden ist. Das Reich, das dank der skandalösen Steuerhosen der deutschen Besitzenden Kreise ohne jede steuerliche Einnahme ist, muß mit seinen 900 Millionen Rentenmark auskommen, und es ist kein Geheimnis, daß diese 900 Millionen Rentenmark sich sehr viel schneller verbrauchen als von vorherem angenommen wurde. Die Reichseisenbahn steht deshalb vor der Frage der Aufnahme neuer Kredite. Geld hat in Deutschland aber bekanntlich nicht das Reich, der Staat und die Länder, Geld hat Herr Stinnes und die Industrie. Da Herr Stinnes sowieso als der größte deutsche Kohlenimporteur Kohlenlieferant für die Reichseisenbahn ist, so ist er auch Kreditgeber. Umsonst gibt Herr Stinnes seinen Kredit nicht her. Er stellt seine Forderungen, und man weiß zur Genüge, mit welcher Unerschämtheit industrielle Kreise bei Kreditverhandlungen mit staatlichen oder kommunalen Stellen vorgehen. Daß Forderungen des Herrn Stinnes auf organisatorische Veränderungen bei der Eisenbahn eine beherrschende Rolle spielen, geht unzweifelhaft aus einem Bericht hervor, den die B.S. Korrespondenz über eine gestrige Sitzung des Organisationsausschusses der Reichsbahn verbreitet. In diesem Bericht heißt es:

„Wie wir erfahren, hat im Laufe dieser Besprechungen der Reichsverkehrsminister wichtige Aufschlüsse über die schwierige finanzielle Lage der Reichsbahn gemacht, die hervorgerufen worden ist durch das Abschneiden der Kredite durch das Reichsfinanzministerium. In diesem Zusammenhang fand auch eine Aussprache über die vor einigen Tagen veröffentlichten Nachrichten über die Absicht der Industrie, der Reichsbahn gegen gewisse Forderungen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es wurden von verschiedenen Seiten Anregungen gegeben, die Kreditfrage in einer anderen Weise zu lösen, als sie von führenden Ministern der Industrie vorgeschlagen worden ist. Weiter machte Minister Dezer Mitteilungen über die Umstellung der Organisation auf kaufmännischer Grundlage, die in möglichst kurzer Zeit reiflos durchgeführt werden soll.“

Wie wir von gut unterrichteter Seite hierzu noch erfahren, ist trotz des offiziellen Dementis ein Angebot maßgebender industrieller Kreise der Reichsbahnverwaltung in der Frage der Kreditbeschaffung gemacht worden. Von gewerkschaftlicher Seite soll versucht werden, mit diesen Kreisen der Industrie über die schwebende Angelegenheit eine Aussprache herbeizuführen. Dieser Schritt ist offenbar auf die gestrigen Ausführungen des Ministers zurückzuführen.“

Die Forderungen der Industrie, deren Vorhandensein sich nach diesen genauen Angaben wohl nicht mehr gut wird leugnen lassen, haben natürlich eine ganz außerordentliche wirtschaftliche und politische Bedeutung. Es versteht sich am Rande, daß die Industrie ihre Forderungen nicht stellt, weil sie sachlich an einer kaufmännischen Reorganisation der Eisenbahn interessiert ist, sondern weil sie aus wirtschaftlichen und politischen Gründen dieses außerordentlich wichtige Herrschaftsinstrument in die eigene Hand bekommen will. Schon aus diesem Grunde wird es nicht angehen, daß die Öffentlichkeit über die Vorschläge der Industriellen dauernd im unklaren gelassen wird. Es muß erwartet werden, daß das Reichsverkehrsministerium sobald wie möglich der Öffentlichkeit mitteilt, auf welchem Wege es die bei der pöblichen Abschneidung der Reichskredite unvermeidlichen Uebergangsschwierigkeiten zu beseitigen gedenkt.

Die politische Krise in England.

London, 11. Dezember. (W.B.) Heute mittag findet die erste Kabinetssitzung nach den Wahlen statt. Lloyd George beriet gestern abend über eine Stunde lang mit Asquith. Auch die heutige Morgenpresse betont, daß die Arbeiterpartei wohl bereit sein würde, die Regierung zu übernehmen, daß Baldwin jedoch beschlossen habe, bis zum Zusammenritt des Parlaments im Amt zu bleiben. Während die Regierungspresse den Entschluß des Premierministers als streng verfassungsmäßig hinstellt, kritisieren die Oppositionsblätter ihn mit Schärfe und führen ihn auf den Druck der Extremisten in der konservativen Partei zurück, die eine Arbeiterregierung verjagen wollen. „Westminster Gazette“, die unmißverständlich in Abrede stellt, daß die Liberalen einer konservativen Regierung wohlwollende Unterstützung für den Augenblick geben würden, und die Notwendigkeit unbedingter Aktionsfreiheit für die Liberalen betonte, schreibt in einem Leitartikel, es sei erstlich zu hoffen, daß die Regierung den Rat Lorden Chamberlains, die Lösung der Krise nicht bis zum Zusammenritt des Parlaments zu verzögern, annehmen werde. Die Konservativen hätten augenblicklich kein Recht, das Land zu regieren. Die auswärtige Lage sei voll Schwierigkeiten, und aus diesem Grunde allein sei es wesentlich, daß unter den augenblicklichen Umständen die stärkste Regierung so bald wie möglich zustande komme. „Daily Chronicle“ schreibt, wenn Baldwin auf keinen Beschluß, im Amt zu bleiben und am 3. Januar vor das Parlament zu treten, beharre, so würde dies im Lande ernstliche Unzufriedenheit hervorrufen. Es sei wesentlich, daß eine andere Partei sich sofort an die Arbeit mache.

„Frankreich kann nicht warten.“

Paris, 11. Dezember. (W.B.) Der Außenpolitiker des „Matin“, der sich augenblicklich in London aufhält, bespricht die Möglichkeit, daß Baldwin mit seinem Kabinett im Amt bleibt. Er schreibt, mit Rücksicht auf die Außenpolitik müsse Frankreich die nunmehr beginnende Periode als Uebergangsperiode betrachten, denn England würde sich in ihr zu internationalen Entscheidungen nicht entschließen, aber Frankreich könne mit der Lösung gewisser Probleme nicht warten, bis sich Baldwin, Asquith und Macdonald verständigt hätten. Auf dem europäischen Kontinent kien dringende Fragen zu lösen. Niemand wolle an allen Diskussionen teilnehmen, auch die Staaten der kleinen Entente wollen wissen, in welchem Europa sie lebten.

Wie würde eine Arbeiterregierung zusammengesetzt sein?

London, 11. Dezember. (W.B.) Einem Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge, werde von Mitgliedern der Arbeiterpartei zum Ausdruck gebracht, daß in einem Arbeiterkabinett Ramsey MacDonald Premierminister und Staatssekretär des Äußeren sein würde mit Tom Shaw als Unterstaatssekretär des Äußeren, Clynnes würde stellvertretender Führer des Unterhauses werden, möglicherweise mit dem Amt des geheimen Siegesbewahters, Snowden Schatzkanzler und Sidney Webb Minister des Innern.

Sondergericht.

Ein Pennäler als Straßenträuber.

Der 19jährige J., Sohn eines Eisenbahnersekretärs in Essen, verläßt die Untersekunda, da er die Schule „faß“ hat und wird für zwei Monate Buchhändlerlehrling. Differenzen mit seinem „alten Herrn“, durch die Lebensführung des jungen Menschen veranlaßt, treiben ihn im März d. J. in Nacht und Nebel aus seiner Vaterstadt nach Berlin. Hier findet er Unterkunft in der übel berüchtigten „Herberge zur Heimat“ in der Auguststraße, schlägt sich einige Wochen durch, indem er seine Habseligkeiten verknopft, und geht dann durch Vermittlung der Deutschen nationalen Arbeitsgemeinschaft auf ein Gut. Hier hält er es nicht länger als drei Wochen aus, treibt sich auf dem Lande herum und erhält Arbeit auf einem anderen Gute, wo es ihm auch nicht länger als drei Monate gefällt. Im November taucht er wieder in Essen auf, um sich die nötigen Papiere zum Eintritt in die Reichswehr zu verschaffen. Da er sich nordem drei Monate aufgehalten hat, will er sich trotz eindringlichen Zuspruchs des Vorstehenden und seines Verteidigers, des Dr. Frey, nicht verzeihen. Der Verteidiger meint, das geschehe wohl aus politischen Gründen. Sein Besuch wird aber von der Reichswehr abschlägig beschieden, der Vater will nicht mehr von ihm wissen, er kehrt nach Berlin zurück. Hier übernachtet er wieder in der Herberge „zur Heimat“, hungert einige Tage hindurch und beschließt, gewaltsam „Geld zu machen“. Begibt sich zu diesem Zwecke auf den Lützowplatz und versucht einem Fräulein F., die er vorher höflich nach dem Weg zum Potsdamer Platz gefragt hatte, die Handtasche zu entwenden. Widerstand und Hilferufe treiben ihn davon; er wird verfolgt, strauchelt, fällt und wird gefaßt. Das Gericht erkennt auf 9 Monate Gefängnis: „Um das Substratum zu schälen und den Angeklagten zu veranlassen im Gefängnis über die schiefe Bahn, auf die er geraten ist, nachzudenken.“ — Ob das Gefängnis dazu geeignet ist, wieviel junge Leute so zuorunde gehen mögen? Was sagt nun der Vater in Essen dazu? Wohin wendet sich der Zwanzigjährige beim Verlassen des Gefängnisses?

Auch eine Schuposeindin.

Eine Arbeiterfrau, Mutter dreier Kinder, vor dem Außerordentlichen Gerichtshof. Aufgeregt kommt sie in den Sitzungssaal, weint schon, bevor sie gefragt wird, streckt Arme über ihre Korpentracht dem Vorstehenden entgegen. Der bedarf ihrer nicht. Sie hatte nur einiger Zeit große Aufregung zu Hause. Damit sie sich beruhigt, wollte der Mann sie zu ihren

Klamauk für Habsburg.

Der „Zigeunerbaron“ im Großen Schauspielhaus. Im dritten Akt kehren Habsburgs Truppen aus Spanien zurück. Die Handlung erfordert gar nicht, daß die Truppen selbst auftreten. Es geschieht aber, wenigstens in dieser Aufführung. Die Militärmusik auf der Bühne spielt — etwa 180 Jahre vor Radetzky — den Radetzky-Marsch und eine Anzahl magerer Statisten in Phantasienaturen zwischen auf. Da können sich einige Leute im 2. Ring nicht halten vor Begeisterung. Sie begrüßen jedes Statistenhäuflein mit rosendem Applaus. Als ob hier der „Friederichs“ gespielt würde. Aber diese Habsburgstruppen waren ja höchst antifriederichianisch, wie die Schlesiern Kriege samt dem Siebenjährigen genügend bewiesen haben. Und der Radetzky-Marsch, in Oesterreich das Symbol der Reaktion, in Ungarn seit Jahrzehnten unmöglich, in den Nachfolgestaaten seit ihrer Gründung verboten, ist durch das Verschwinden der Habsburger Monarchie längst erledigt. Tut nichts, die armeneligen paradelisternen Dummköpfe müssen stattdessen.

Weil er diszipliniert worden war.

Furchbare Taf eines Familienvaters.

Eine Familiensatirische, die an Furchbarkeit alle in der letzten Zeit bekannt gewordenen Weisheitsreden übertrifft, hat sich in der Gerichtstraße 13 in Pantom, abgespielt. Dort hat der 46 Jahre alte Lokomotivführer Johannes Häusler erst seine Familie und dann sich selbst umgebracht, weil er es nicht überleben wollte, daß er auf dem Disziplinarmwege aus dem Dienst entlassen worden war.

Häusler war seit Jahren bei der Eisenbahn angestellt und wohnte mit seiner Frau Erna, geb. Köppler, seinem 22 Jahre alten Sohne Alfred, der erst vor einigen Tagen sein Bauzeichneregament bestand und seiner 18jährigen Tochter Erna in dem Eisenbahnbeamtenhause Görtschstraße 13. Im vergangenen Jahre wurde er von Beamten der Eisenbahnüberwachungsstelle im Besitz eines kleinen Bleiküdes getroffen, daß aus der Betriebswerkstatt der Eisenbahn stammte, und angezeigt. Er wurde zunächst vom Dienst suspendiert, später aber wieder eingestellt. Des Disziplinarverfahren, das auf Grund der Anzeige eingeleitet worden war, ging unterdessen weiter, und endete damit, daß vor 8 Tagen der Disziplinarhof in Potsdam die Dienstentlassung verfügte. Häusler äußerte daraufhin zu verschiedenen Bekannten, er habe das Stillstehen seines Lebens aus Eignung genommen, sondern nur, um einem Unfall voraus zu gehen, und sich hierbei nichts Böses gedacht. Die Schande, dafür aus dem Dienst entlassen worden zu sein, sei ihm unerträglich. In der Nacht zum Montag lernte die Familie von einem Ausgang um 1 1/4 Uhr heim. Mutter und Tochter legten sich in einem, Vater und Sohn in einem anderen Zimmer zur Ruhe. Häusler aber schlief nicht, sondern schritt, nachdem seine Angehörigen eingeschlichen waren zur Ausführung eines furchtbaren Planes, mit dem er sich ohne Zweifel schon länger getragen hatte. Er holte eine Pistole und ein Rasiermesser hervor, steckte seinen Sohn durch einen Schuß in den Kopf, ging dann nach dem Schlafzimmer von Frau und Tochter, erschoss auch diese beiden und öffnete ihnen, um sein Ziel ganz sicher zu erreichen, mit dem Rasiermesser auch noch die Pulsadern. Nachdem er sich dann angezogen hatte, setzte er sich hin und schrieb mehrere Berichte über seine Tat, in denen er sein Verhalten zu erklären und zu verteidigen sucht. Einen an die Eisenbahnverwaltung, einen an die Staatsanwaltschaft und den dritten an die Polizei von Pantom. Hierin sagt er u. a., daß er es nicht übers Herz bringen könne, entsetzt weiter durch das Leben zu gehen. Nach Abfassung dieses Berichts verließ Häusler seine Wohnung und das Haus und ging zu nächst zur Betriebswerkstatt, wo er unter Tränen von seinen ehemaligen Kollegen Abschied nahm. Dann suchte er noch den Lokomotivführer Rabian in der Hartwigstraße auf, dem er besonders nahegefallen hatte. Auch dieser dachte wie alle anderen Kollegen, daß das niedergeschlagene Wesen nur auf die unfehlbare Verabschiedung zurückzuführen sei. Niemand ahnte die schrecklichen Vorgänge im Hause. Auch die Mitbewohner wußten davon noch nichts, als Häusler um 11 Uhr vormittags zurückkehrte. Seine Stimmung schrieb er, ebenso wie die Kollegen, seinem Weisheitsged zu. Kaum heimgekehrt, warf sich Häusler über das Bett, in dem Frau und Tochter tot in ihrem Blute lagen, und tönte sich durch einen Schuß in den Kopf. Erst dieser Schuß machte die Hausgenossen aufmerksam. Sie benachrichtigten das 282. Revier und die Beamten, die jetzt dorthin kamen, fanden die ganze Familie tot auf.

Das Fernsprechtamt „Merkur“.

Angelehnt der großen Bedeutung, die das Fernsprechtamt 5 (mit Zentrum und fünfzig Merkur) im Berliner Ortsfernprechtamt einnimmt, wird darauf hingewiesen, daß die neue Amtsruppe Merkur jetzt in Tätigkeit ist. Im Betriebe der zu Merkur übergehenden Teilnehmer tritt insoweit eine Umstellung ein, als diese bei der Gesprächsanmeldung folgende Amt und Nummer des

Übers bringen. Das geschah gerade an demselben Tage, als in der Brauerei Königsplatz die Trauertungebung für den bei der Erwerbstofenemonstration umgekommenen Arbeiter Sy statfinden sollte. Die Wange folgte nicht den Anweisungen der Polizei. Ein Mann sollte zwangsgestollt werden. Er mochte sich. Die Angeklagte, die gerade vorbei kam, rufte aus der Menge: „Männer, laßt Ihr Euch das gefallen, schlagt die Grünen nieder!“ Gestellt, wirft sie sich auf die Erde, gebärdet sich wie eine Bahnhüner. Am Gerichtssaal bekommt sie, während der Gerichtshof sich zur Beschlußfassung zurückzieht, einen hysterischen Weinkrampf. Das Urteil lautet auf drei Wochen Gefängnis. . . .

Die fahrlässige Brandstiftung.

Eine Siebzehnjährige wird aus der Haft vorgeführt. Die Jugendpfliegerin vom Jugendamt ist anwesend. Die Angeklagte behauptet, ein schlecht gelochtes Streichholz leichtsinnig in den Schuppen ihres Dienalibers, in dem Stroh aufgestapelt war, fallen gelassen zu haben. Als sie sich umdrehte und die Flammen sichtbar aufsteigen sah, rief sie selbst um Hilfe. Der Gendarm in Posten soll ihr das nicht geglaubt haben: Es müsse sie jemand anesiffelt haben, und zwar irgendein Kommunist, der auf ihren Dienstherren wegen seiner Erwerbstofenfürsorgepflicht erboht sein sollte. Der Gendarm soll gelacht haben: Der F. oder S. müßte es erkennen sein. Das junge Dine, selbst zur kommunistischen Jugend gehörend, sagte nun, daß es der F. gewesen sei, der ihr die Streichhölzer gegeben habe. So wurde auch der F. verhaftet. Dem Untersuchungsrichter gegenüber bestritt sie sogar ihre Täterchaft, bestritt aber hinterher die Aussage, die sie dem Gendarm gemacht hat. Der Pfarrer habe ihr aber in der Zelle noch zuredet, die Wahrheit zu sagen. Der F., aus der Haft vorgeführt, behauptet, die Angeklagte nur vom Sehen gekannt zu haben. Das Gericht glaubt ihm, glaubt auch der eben gemachten Aussage der Angeklagten und verurteilt sie wegen fahrlässiger Brandstiftung zu 4 Monaten Gefängnis. Was soll nun das junge Ding im Gefängnis, wenn sie nur ein Opfer ihrer eigenen Unvorsichtigkeit ist?

So führt das Sondergericht schnell und sicher ins Gefängnis, wo Schwur-, Schöffen- und Jugendgericht vielleicht Mitleid hätten walten lassen, wo sorgfältige Voruntersuchung in die geheimsten Winkel des Täters hineingelichtet hätten. Fürchtet das Sondergericht! Es kennt keine Bewährungsfrist, keine Berufung, nur das Gesetz. Und das ist grausam, gefühllos.

verlangten Teilnehmers anfragen müssen. Ferner wird bei den unausbleiblichen Schwierigkeiten in der Einholung mündlicher Auskünfte dringend empfohlen, vor Anforderung von bisher bei Zentrum angeschlossenen Teilnehmern vorher erst im Fernsprechbuch nachzuschlagen, ob der anzurufende Teilnehmer etwa mit anderer Nummer nach Merkur umgeschaltet ist.

Änderung von Straßenbahnlinien.

Um den Anschluß an die Eisenbahnzüge am Bahnhof Steglitz herzustellen, müssen die Wagen der Linie L.H. von dort nach beiden Richtungen 2 Minuten später abfahren. Hierdurch wird gleichzeitig zur Wahrung der Abstände der Linien L.H. und M. und des Anschlusses der Linie L.H. an die Linie Z am Bahnhof Pichlerstraße-Ost eine Verlegung der Abfahrzeiten der Linien M. und Z ebenfalls um 2 Minuten von beiden Endpunkten bedingt. Die Abfahrzeiten sind nunmehr wie folgt festgelegt (Minuten nach der vollen Stunde): Linie L.H. ab Bahnhof Steglitz (nach beiden Richtungen) 7, 27, 47; Linie M. ab Bahnhof Steglitz 14, 34, 54, ab Mariendorf 17, 37, 57; Linie Z ab Pichlerstraße-Ost 10, 30, 50, ab Stahnsdorf 13, 33, 53, anstatt bisher je 2 Minuten früher. Vom 15. Dezember ab wird die Linie 7.2 vom Alexanderp. über Königsplatz, Spandauer Straße, Rollenmarkt, Köpenicker Fischmarkt bis zum Spittelmarkt verlängert. — Die ab 19. November d. J. versuchsweise vorgenommenen stündliche Durchführungen der Linie 15 während einiger Tagesstunden bis Gottlieb-Duncker-Straße hat sich im allgemeinen nicht als notwendig erwiesen. Die Wagen haben nur zu den Zeiten des Arbeitsbeginns und Arbeitsendes in den Fabriken Besetzung und fahren im übrigen fast leer. Unter diesen Umständen wird die Linie vom 11. d. M. ab während der ganzen Betriebsdauer wieder nur bis zum Bahnhof Neuföhl verkehren und den Arbeiterverkehr durch Einsetzunge Haltehaltes Ter-Gottlieb-Duncker-Straße bedienen lassen.

Störung im Kraftwerk Moabit. Der am gestrigen Montagabend infolge Explosion eines Deschalters entstandene Defekt im Kraftwerk Moabit, der eine Lähmung der Stromversorgung von Teilen des Berliner Bestens zur Folge hatte, konnte im Laufe der Nacht beseitigt werden. Heute früh wurde das Werk aber infolge Kurzschlusses an den Sammelleitungen erneut stromlos, wodurch auch der Verkehr auf der Nord-Südbahn für annähernd eine Stunde lahmgelegt wurde. Um 9 Uhr vormittags war die Störung beseitigt und die Stromversorgung konnte wieder in vollem Umfange aufgenommen werden.

Grubenkatastrophe in Hindenburg.

Zus bisher nicht bekannter Ursache brach Montag abend auf den holländischen Debrückschächten in Hindenburg (Deutsch-Oberschlesien) unter Tage ein Grubenbrand aus, dem um eine Uhr nachts eine Explosion folgte. Von den in der Nähe befindlichen Bergleuten haben 13 Mann schwere Brandwunden davongetragen; sie wurden dem Krankenhaus zugeführt. Fünf Mann sind noch eingeschlossen, ihre Rettung ist zweifelhaft.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 32. Abt. Der Abteilungsabländer findet nicht, wie anersuchen, am Mittwoch, sondern erst am Donnerstag, den 11. Dez., 7 Uhr, bei Schmidt (unterer Col.).
- 47. Abt. Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Disziplinare und Rahlende in den bekannten 3 Lokalen, mit Ausrede über: Die letzten politischen Ereignisse! Gegenübernahme u. n. Reichswehr.
- 97. Abt. Neuland. Mittwoch 7 Uhr, gemeinsamer Rahlabend im Reichswehr der Schule Jenseit, Eingang Adomasstr. Thema: „Die Partei eintr und lebt!“ Referent: Fritz Rabel, R. d. R.
- 102. Abt. Pommerschen. Mittwoch, 7 Uhr, im Reichswehr der Schule Reichswehrstraße 111/112, über: „omilina. Thema: Die gegenwärtige politische Lage.“
- 107. Abt. Reichswehr-Mitgl. Mittwoch, 7 1/2 Uhr, im Reichswehr, Schwanenstraße 114, Generalarium, Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und sämtlicher Kommissare 2. Rechnungen 3. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Die Berichtsführer laden zu dieser Versammlung ein. Träufelstein Pflicht.

Sport.

Die Hellschloß-Rodrennen in Wien-Berlin verliefen auch am gestrigen Abend sportlich sehr spannend. Dahn und Stelbrink trambeln jetzt täglich mit 10.000 Reich des „Großen Weltachtspireles“ bewies Alfred Schrage sein Können. Durch einen schon herausgelassenen Sieg über er sich über Dahn und Stelbrink in den Vordergrund, so daß er nach Lewanow und Wittig den dritten Platz einnimmt. Das einseitige Größungsfahren brachte den Sieg des Weltmeister Lewanow in der besten Zeit des Abends, während sich das Berliner-fahren Lewanow in der besten Zeit des Abends hatte. Den zweiten Platz belegte Wittig vor Kandelbacher. Der heutige Abend bringt u. a. ein 10-Kilometer-Rennschlittschuhrennen nach Art der Sechstage-Rennen mit Lewanow-Küster, Salchow-Kandelbacher und Dahn-Wittig.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma S. Juley, Schöneberg, Hauptstraße 1, 1. u. 2. Stock, verleiht nun in dieser Woche einen extra hübschen Weihnachtsverkauf in Getren- und Knabenmoden. Näheres im Inserat in heutiger Nummer.

Gewerkschaftsbewegung

Die Regierung gegen den Achtstundentag.

Gestern fanden im Reichsministerium des Innern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Falk erneut Verhandlungen über die Abänderung der Richtlinien des Reichskabinetts zur Arbeitszeit statt. Der Absatz 2 der Richtlinien über die Arbeitszeit der Beamten soll künftig lauten: „Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 54 Stunden.“ Während also in dem „Entwurf eines vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit“ für Arbeiter und Angestellte die regelmäßige tägliche achtstündige Arbeitszeit grundsätzlich anerkannt wird und lediglich Ausnahmen zugelassen werden, wird für die Beamten der Versuch unternommen, den Achtstundentag gänzlich aufzuheben, um an seine Stelle die kaufmännische Bestimmung zu bringen: Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 54 Stunden. Ob demnach in Zukunft 9, 10 oder 12 Stunden täglich gearbeitet wird, soll dem Ermessen der Behörden überlassen bleiben. Um die Beamten-Organisierungen für die geplante Verschlechterung der Dienstzeit zu gewinnen, machte der Regierungsvorsteher den Vorschlag, eine befristete Regelung vorzunehmen. Auf die Frage, welcher Zeitraum dafür in Betracht komme, antworteten die Regierungsvorsteher: 2-3 Jahre.

Die Vorstände der Beamten-Organisierungen haben sich außerstande, einer Regelung zuzustimmen, die zu der tiefstschmerzlichen Verschlechterung ihrer Existenzverhältnisse, rücksichtsloser Beamtenabbau von 25 Proz., Herabdrückung des Gehalts auf 70 Proz. der Vorkriegszeit usw., auch noch eine Arbeitszeit hinzusetzt, die der Willkür Tür und Tor öffnet. Die Organisationsvertreter erklärten deshalb bereits in der Verhandlung vom 4. Dezember, daß weder die beschriebene Form des Beamtenabbaus noch die schematische Verlängerung der Arbeitszeit eine Gesundung der Staatsfinanzen gewährleisten und nur durch Vereinfachung der Behördenorganisation erreicht werden kann. In der

am Montag stattgefundenen Verhandlung kamen die Gewerkschaftsvertreter nach reiflicher Überlegung zu der gleichen Auffassung und lehnten deshalb den Vorschlag der Regierung ab. Darauf erklärte Ministerialdirektor Falk, daß er die Stellung der Organisationen auf das tiefste bedauere, geändert würde dadurch an der beabsichtigten Verlängerung der Dienstzeit nichts.

Die Regierung wird also ihre Absicht durchführen, ohne Rücksicht auf die von der Beamtenschaft geäußerten Bedenken. Demgegenüber darf darauf hingewiesen werden, daß die Beamtenschaft sich mit ihrer Auffassung in voller Übereinstimmung mit allen deutschen Arbeitnehmern befindet, die immer und immer wieder erklärt haben, daß sie an dem achtstündigen Maximalarbeitstag nicht nur festhalten, sondern ihn auch mit allen Mitteln verteidigen werden.

Die Regierung geht einen gefährlichen Weg, getrieben von den Scharmachern im Unternehmerlager. Es bedarf keiner Prophetenrede, um vorauszusagen zu können, daß dieser Staatsstreik gegen die Beamten in erster Linie verhängnisvoll den Parteien sein wird, die dafür die Verantwortung tragen. Wohin diese geradezu krankhafte Sucht der bürgerlichen Parteien, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, führt, kann man an der Lausache ermessen, daß in einem sozialpolitisch rückständigen Land, wie Frankreich der Achtstundentag in der Postverwaltung bereits vor 25 Jahren eingeführt wurde, während man in Deutschland heute einen Mindestarbeitstag von neun Stunden einführen will.

Wir sind aber gar nicht darüber im Zweifel, daß dieser Versuch mit einem Zusammenbruch enden muß. Er wird den Beamten, die bisher den bürgerlichen Parteien nachsahen, die Augen öffnen. Er wird die Klasse der Beamten in einer einheitlichen Beamtensorganisation zusammenschweißen, in der sie Schulter an Schulter mit der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft lernen werden, für ihre Freiheit zu kämpfen.

Den mittleren und unteren Beamten hat die Revolution den Achtstundentag als Geschenk in den Schoß geworfen. Sie werden ihn sich nun erkämpfen müssen. Die Reichstagswahlen stehen

vor der Tür. Sie werden den Beamten Gelegenheit bieten, abzurechnen mit Unrecht und Rücksicht. Bis dahin aber gilt für die Beamten die Befehls, sich zu rüsten und in einer einheitlichen Beamtensorganisation sich zusammenzuschließen.

Ein Dummerjungenstreik.

In unserer heutigen Morgenausgabe brachten wir einen Bericht von einer Mitgliederversammlung des Zweigvereins Berlin des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten vom 4. Dezember, in der der Kommunist G e b e l über die Weimarer Konferenz Bericht erstattete. Der Bericht über diese Versammlung ging uns mit einem Begleitschreiben zu, das von dem Bevollmächtigten Genossen Sa a r unterzeichnet und auf einem Briefbogen der Organisation geschrieben war. Wie uns nun Genosse Sa a r mitteilt, handelt es sich um eine dumme Fälschung. Eine derartige Versammlung hat nie stattgefunden und ein solcher Bericht ist vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten nie an uns geschickt worden. Wo der Fälscher zu suchen ist, braucht nicht erst betont zu werden. Die arbeitslosen Tröpfe, die auf diese Weise den Kampf gegen die Ausbeutung führen, werden sich auf diese Fälschung wahrscheinlich noch etwas zugute halten. Da es Tradition im „Vorwärts“ ist, die offiziellen Rundschreiben der Gewerkschaftsorganisationen zu veröffentlichen, soweit sich diese nicht gegen andere Organisationen richten, ist eine derartige Fälschung kein Kunststück. Für jeden ernstlichen Arbeiter ist es ein Dummerjungenstreik.

Wichtig! VDPD-Buchdrucker und Schriftsetzer! Am Donnerstag nachmittags 4 Uhr findet im „Reichshaus“ (Reichshausstr. 11/12) eine Versammlung aller VDPD-Buchdrucker und Schriftsetzer statt. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen unbedingt zu erscheinen. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: S. Stricker; Arbeiter: Dr. John Schillmann; Soziale und Sonstige: Fritz Reuter; Redaktion: Th. Glaser; Druck: Berliner Druckerei; Verlag: Hermanns-Verlag, G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermanns-Verlag, G. m. b. H., Berlin; Vertrieb: Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Einbertstraße 2.

Rücksichtslos billig: 6⁸⁰ 7⁸⁰ 9⁸⁰ 14⁸⁰

Trotz unserer bekannt billigen Preise bei guter Ware bringen wir unserer werten Kundschaft eine Reihe besonders billiger Angebote. Hier nur einige Beispiele:

Großdetail

Schuh-Lokal

Münzstraße 25 (Alexanderplatz)

Frankfurter Allee 54

Damen-Halbschuhe
Cromleder u. H-Overreen
sowie elegante
Spangenschuhe
mit hohen u. niedrigen
Absatz, moderne Formen.
**Leck-, Schnür- und
Spangenschuhe**
in kleinen Größen, mod.
kurze Form.

Damen-Halbschuhe
elegant u. mod.
u. H-Overreen, moderne
kurze vorzügliche Form.
Damen-Spangenschuhe
moderne Form.
Burschenstiefel
35-40, schwarze, kräftige
Overreen.

**Herren echte
Rinbor-Stiefel**
bequeme, breite Form, mit
Lederabsatz.
**Braun Faltleder-
Herren-Stiefel**
vorher Wanderstiefel.
Damen-Halbschuhe
mit u. ohne Leckkappe.
sowie
Damen-Lackschuhe
alles moderne Formen,
gutes Material.

Orig. Good.-Welt-Stiefel
echt Chevreau, für Her-
ren und Damen, Hoch-
schaff, herverragender
Fabrikat.
Leck-Halbschuhe f. Damen
und Herren, moderne
elegante Formen.
Leck-Sandalen sowie ver-
schiedenste moderne
Spangenschuhe in prima
Ausführung.

Kamelhaarschuhe
in großer Auswahl billig!
Kinderstiefel 21-22 l 85 18-20 l 85
Pa. Seide florstrümpfe 1 00

Randgenähte **12⁸⁰**
sehr haltbar, mit und ohne
Doppelseiten, gute Fabrikat.
Echt Boxkall **Damen-
Halbschuhe, randgenäht**

W. Bernhard Nachf.

SW, Belle-Alliance-Str. 105 u. 101 licht am
Halleischen Tor

Für den Weihnachtstisch

| | | | |
|--|---------------------------------------|-----------------|---------------------------------------|
| Blusen | 4 ⁵⁰ 5 ⁷⁵ G-M | Röcke | 4 ²⁵ 6 ⁵⁰ G-M |
| Kleider reine Wolle, . | 15 ⁰⁰ G-M | Seld.-Jumpers . | 12 ⁰⁰ 15 ⁷⁵ G-M |
| Mäntel | 11 ⁰⁰ 16 ⁵⁰ G-M | Strickjacken . | 14 ⁵⁰ 15 ⁵⁰ G-M |
| Gestrickte Westen mit Aermel, für Damen und Herren | 14 ⁵⁰ 15 ⁵⁰ G-M | | |

Wollplüsch-, Seal-, Krimmer-, Astrachan- und Affenhaut-Mäntel.

TRAURINGE

in jed. Größe Qualität stets
vorrätig, nur bill. Preisberechn.

M. Dinse, Juweller
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb. Friedrichstr.
Teleph. Lichtenberg 3322



Das **Gesundheitsbuch der Frau**
Von Prof. A. Grotzahn
Mit 100 Illustrationen
Preis Goldmark 2.-
J. H. W. Dieckhoff, G. m. b. H.
Ber. in SW 68, Einbertstraße 2.

Nur diese Woche Extra billige Weihnachts-Angebote!

| | |
|--|-----------|
| Jackell-Anzüge gedieg. Stoffe, beste Verarbeitung, von | 36 G-M an |
| Jackell-Anzüge in Qualitäten, Ersatz für Maß, von | 66 G-M an |
| Ulster u. Paletots mod. Ausfüh., beste Qualit., von | 42 G-M an |
| Beinkleider neueste Streifen von | 9 G-M an |
| Winterjoppen aus gut. Lodenstoff, warm gefüllt, von | 23 G-M an |
| Morgenjoppen, Schlafröcke, <small>Yach- und Phantasie-</small> Westen in größter Auswahl - billigste Preise! | |

| | | | |
|-------------------------------|-----------|-----------------------------|-----------|
| Knaben-Anzüge von | 18 G-M an | Jünglings-Anzüge von | 30 G-M an |
| Knaben-Kosen . . . von | 6 G-M an | Jünglings-Ulster von | 36 G-M an |

S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.

LETTLANDS

einzig große deutsche
Morgenzeitung

Rigische Nachrichten

Organ der demokratischen Deutschbalten

Leser: Informationsorgan über
Volkswirtschaftliche Fragen
Lettlands und aller
übrigen Randstaaten

Allwöchentlich. Sonntags-Ausgabe über
Rigische Wirtschaft, Handel und Industrie

Verbreitetstes Inserat-organ

Redaktion und Expedition:
Kleine Königstraße 9, Rigä, Lettland

Wichtig! Genossen!
1 Polster

Winterulster

schwere Werte
nur 10 Goldmark
Inhalt: 1000
G. Prager, Brunnenstr. 31
3. Etz. von Karlstadt

INFAUS -
Pianos
zur
Miete

Anhalter Str. 1,
Frankfurt

LEO HEINAU

C. 19, Seydelstraße 21, am Spittelmarkt

Großhandlung in
Seifen, Kerzen, Parfümerien
Sämtliche Markenartikel
Weihnachts-Packungen
in großer Auswahl

Metalbetten

Stahlmatratze, Kinderbetten dir an Priv.
Kitt. 30A hrel. Eisenambelfabr. Suhl Thür.

Praktische Weihnachts-Geschenke

und billige Goldmarkpreise!

| | | |
|---|---|--|
| Herrnen-Stoffe vom billigsten bis zum besten Kammjarn und Gabardine reichlich am Lager . . . Meter 5.45, 6.45, 8.-, 10.- M.-usw. | Cheviot , reine Wolle, 105 und 110 cm breit, Meter 3.40 u. 4.05 M. | Crepe de Chine , auch in allen Farben Meter 8.50 M. |
| Damen-Mantelstoffe Nuppen-Ekimo und Veour-de-laine, in allen Farben am Lager, Meter 5.00, 7.00, 10.00, 11.00 u. 12.50 M. | Popeline , reine Wolle, ca. 110 cm breit, in großer Farbauswahl, Meter 3.00 M. | Lindener Körper-Samt in allen Farben, Meter 8.00 u. 11.40 M. |
| Gabardine , reine Wolle, 130 cm breit, in reichlicher Farbauswahl, Meter 8.05 u. 9.55 M. | Boleone (Wolle mit Seide), 105 cm breit, ganz besonders schön, Parbenortiment, Meter 7.- M. | Moderne Streifen für Kleider und Buisen Meter 1.50, 1.00, 2.55 M. |
| | Boleone (Wolle mit Seide, gemustert), 105 cm breit, ebenfalls schön, großes Farbensortiment, Meter 7.05 M. | Moderne Schotten u. Streifen für Kleider und Röcke Meter 3 10, 3.50, 3 65, 5 10 M. |

Außerdem ganz besonders großes Lager in Wäschestoffen, Leinen- und sämtlichen Baumwollwaren

z. B.: Hemdentuche, Renforce, Wäschebat ste, Laislans, Schürzenstoffe, Lächer, Inletts, Handtücher und Barchende

Hans Prange, Berlin SO., nur Wiener Str. 15, am Görlitzer Bahnhof

Hochbahnstation Oranienstraße
Straßenbahnlinien 4, 15, 44, 91.

Anzahlungen gestattet! Lieferant der Berliner Beamten-Vereinigung Anzahlungen gestattet!